

Gießener ECHO

Der wahre Jakob

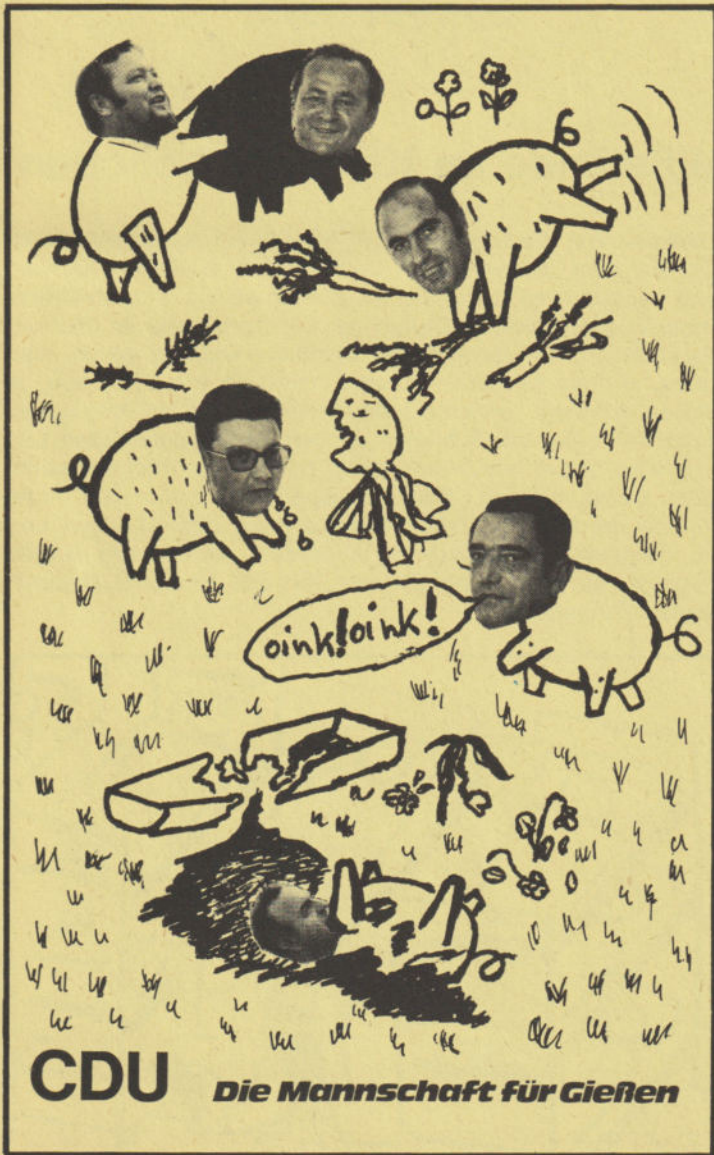
Kommunistische Zeitung für Gießen

5. Jahrgang

Fasching 1974

Schutzgebühr 0,00 DM

»Sisste nett die Säu'
im Goarte...!«



**Kostenlose Pille für alle Frauen
der Weststadt**

Nach seiner Rückkehr von einer mehrwöchigen Dienstreise in die Deutsche Demokratische Republik, während der der Gießener Oberbürgermeister u. a. in Berlin, Leipzig und Karl-Marx-Stadt dortige Kindertagesstätten, Spielplätze, Kommunikations- und Jugendzentren besichtigte, erklärte Schneider auf einer Pressekonferenz, daß ab sofort für alle Frauen in der Weststadt die „Pille“ kostenlos vom Gießener Sozialamt ausgegeben werde.

Alle geplanten Baumaßnahmen für die Erweiterung der Weststadt seien zu stoppen und die Bautätigkeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn gewährleistet sei, daß ausreichende Spielplätze, Kindergärten und Jugendzentren als fester Bestandteil in die gesamte Bauplanung aufgenommen seien. Schneider sieht keine Möglichkeiten, diese Einrichtungen, deren für das Wohl der Kinder unumgängliche Notwendigkeit er auf seiner Reise erkannt habe, nachträglich in bereits bewohnten fehlgeplanten Gebäudekomplexen einzufügen.

Um die Not der dort schon wohnenden Kinder nicht noch zu vergrößern und weitere Kinder vor Schaden zu bewahren, sieht OB Schneider als einzigen Ausweg die kostenlose Weststadt-Pille.

Er ist fest entschlossen, diesen Plan im Interesse der Weststadt-Einwohner durchzusetzen, auch wenn dieser auf schärfsten Widerstand seitens kirchlicher Kreise stoßen sollte.

Kurz gemeldet

„Hauptsache, das Herz bleibt jung!“

Gießen. Wie erst jüngst aus Kreisen des Stadtjugendringes bekannt wurde, wird die „Deutsche Jugend des Ostens (DJO)“ immer älter, Werner Enzmann, 43 Jahre, Vertreter der DJO im Stadtjugendring, dazu vom GIESSENER ECHO befragt: „Hauptsache, das Herz bleibt jung!“ Enzmann denkt daran, mit 63 Jahren den Vorsitz im Gießener Stadtjugendring durch intensive Jugendarbeit übernehmen zu können.

DKP

Spaß muß sein!

DKP

Das „Ei des Kolumbus“ der Wohnbau:

Neue Mindesteinkommensgrenze 2000,— DM

Auf einer kurzfristig einberufenen Gesellschafterversammlung der Wohnbau Gießen GmbH referierte — wie uns gemeldet wurde — Geschäftsführer H. Stein über den anwachsenden Schlamassel im sozialen Wohnungsbau. Wenn in der sich anschließenden Diskussion auch nicht in allen Punkten Übereinstimmung erzielt werden konnte, so zeichnet sich doch nach einem entsprechenden Beschluß eine konkrete Verbesserung für die Mieter ab.

In seinem Kern läuft der Beschluß darauf hinaus, daß ab 1. 4. dieses Jahres eine neue Einkommensgrenze für den sozialen Wohnungsbau in Kraft treten wird. Danach werden nur noch solche Mieter einen Anspruch auf eine Wohnung der Wohnbau geltend machen können, die über ein monatliches Einkommen von mindestens 2000 DM (netto) verfügen. Vor allem zwei Erwägungen gaben den Ausschlag für diese längst überfällige Änderung:

1. Die laut Satzung der Wohnbau erforderliche kostendeckende Miete habe inzwischen eine solche Größenordnung er-

reicht, daß die Mietpreise für Familien mit einem Einkommen unter 2000 DM nicht mehr tragbar seien und eine unzumutbare Belastung für das Familien-Budget darstellten.

2. Die von der Öffentlichkeit oft kritisierte Fehlbelegung der Wohnungen mit Familien, deren Einkommen nicht den festgelegten Richtlinien entsprechen, könne endlich beseitigt werden. Nach Inkrafttreten der neuen Regelung sei es ein Leichtes, die relativ geringe Anzahl (sie wurde auf ca. 20 % geschätzt) der noch verbliebenen Familien mit einem Einkommen unter 2000 DM zu entfernen. Man habe die Fehlbelegungen (nach der alten Regelung) nicht vermeiden können, ohne Massenkündigungen vorzunehmen. Schließlich sei es so wesentlich sozialer.

Ein weiterer eingebrachter Vorschlag, der vorsah, nur noch an SPD-Mitglieder zu vermieten, um das Profil dieser Partei als Arbeiterpartei wiederherzustellen, fand nicht die erforderliche Mehrheit. Dies wurde nicht als notwendig befunden, es bedeute — wie Geschäftsführer Stein meinte — Eulen nach Athen tragen.



Der Lichtblick kam aus München

Das GIESSENER ECHO, bekannt in Stadt und Land, gefürchtet von den Bossen, konnte durch intensives Nachforschen in Erfahrung bringen, daß der Gießener CDU-Landtagsabgeordnete Runtsch sich Sorgen macht um seine Existenz als Oberregierungsrat beim Straßenneubauamt. Er befürchtet, daß von der viel zu sozialistischen SPD-Regierung seine Entlassung aus dem Staatsdienst wegen seines rechtsradikalistischen Auftretens angestrebt wird.

Das GIESSENER FASCHINGS-ECHO befragte dazu den Wiessecker Ministerpräsidenten Osswald (SPD): „Wenn der Herr Runtsch aus dem Staatsdienst entlassen wird, dann nicht wegen seiner rechtsradikalen Gesinnung. Das widerspricht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Eine Entlassung könnte allerdings aus anderen Gründen in Frage kommen.“ Diese Gründe wollte Osswald dem ECHO nicht mitteilen. In Gießener SPD-Kreisen munkelt man allerdings, daß diese Gründe in Zusammenhang stünden mit dem Intelligenzquotienten des Herrn Oberregierungsrat.

Sollten diese Gründe zutreffen, so befürchtet ORR Runtsch, daß auch seine Wiederwahl als Landtagskandidat der CDU nicht mehr gesichert ist. Auf diesem Hintergrund sind, wie aus allgemein gut unterrichteten Kreisen verlautet, auch seine Bemühungen zu sehen, sich mit Hilfe der „Aktion 76“ ein Bundestagsmandat zu sichern. Nachdem nun auch diese äußerst schlaue angelegte Aktion scheiterte, ist Runtsch gezwungen, sich für alle Fälle nach anderen Einnahmequellen umzusehen. Ein Lichtblick kam jüngst aus der CSU-Landeshauptstadt München. Dort wurde enthüllt, daß mehrere hohe Beamte der Landesregierung ihre Alterssicherung mit Hilfe von Grundstücksspekulationen größten Ausmaßes betrieben. Aus Kreisen der engsten Mitarbeiter des Herrn Runtsch wurde uns vertraulich mitgeteilt, daß der Herr Oberregierungsrat sich nun verstärkt auf seine beim Straßenneubauamt gewonnenen Informationen über benütigte Grundstücke besinne.

Mißstände im Klinikum behoben

Klinikum. Wie die Leitung des Klinikums auf Anfrage mitteilte, will sie dem Bettenmangel in mehreren Gießener Kliniken jetzt energisch zu Leibe rücken. Bisher war es nämlich üblich, akute Zugänge wegen Betten- und Platzmangels im Flur unterzubringen. Im Bereich der Klinikverwaltung denkt man daran, diesem Mißstand durch Einführung von zwei bzw. in älteren Kliniken dreistöckigen Etagenbetten zu begegnen. Durch fahrbare, mit Schienen an den Betten befestigten Leitern wird dabei die Versorgung durch das Pflegepersonal ideal gelöst werden. Das Pflegepersonal sowie die Ärzte können durch diese Trimm-Dich-Leistung den Kreislauf und die Gesundheit stabilisieren. Außerdem werden die langen Wege durch Flure und Zimmer für das Personal dadurch abwechslungsreicher.





An alle Mitglieder der

In Anbetracht der nimmermüden Aktivität der Gießener Genossen in bezug auf ihren ruhmvollen Einsatz für die Interessen der arbeitenden Klasse, hat der Kreisvorstand Gießen der DKP folgende Maßnahmen beschlossen, um potentiellen Erscheinungen von Managerkrankheit vorzubeugen:

1. Alle Genossen werden dazu angehalten, sonn- und feiertags vor allem Ruhe zu bewahren.
2. Ausgleichsgymnastik wird empfohlen, doch sollte sie nachts nicht überhand nehmen.
3. In Mitgliederversammlungen wird nur noch Orangensaft ausgegeben (nicht nur wegen der darin enthaltenen Vitamine, sondern auch um den Alkoholkonsum einzudämmen).

4. Um das Sportinteresse zu wecken, wird allen Genossen nahegelegt, die Fußball-Weltmeisterschaft intensiv zu verfolgen.
5. Um unnötige Aufregungen zu vermeiden, wird den Genossen geraten, bei Provokationen von Neonazis (NPD- oder CDU-Couleur), ultralinken Revoluzzern und unverbesserlichen rechten Sozialdemokraten, dieselbigen rechts liegen zu lassen.

Sollten die politischen Umstände Abweichungen von diesen Maßnahmen erforderlich machen, so wird dies im GIESSENER ECHO rechtzeitig bekanntgegeben.

DKP-Kreisvorstand Gießen

Kurz gemeldet

Gießen. Die Industrie- und Handelskammer Gießen weist neuerdings Lehrlinge zurück, denen eine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) nachgesagt werden kann. Diese Jugendlichen, so wurde betont, beschäftigen sich auch mit den Werken Lenins. Von diesem stamme die Parole, man müsse lernen, lernen und sogar nochmals lernen. Dies aber sei Revolution.

Gießen. Wie ein Unternehmersprecher der Werkzeugmaschinenfabrik Heyligenstaedt jüngst in Gießen vor Karnevalisten bekanntgab, würden kommunistische Arbeiter in diesem Betrieb nicht mehr beschäftigt. Die Mitglieder der DKP beriefen sich noch immer auf das Kommunistische Manifest, in dem es Karl Marx für wünschenswert hält, daß die Arbeiter ihre Ketten verlieren. Eine solche Leichtfertigkeit aber käme wegen der vielfach benötigten Ketten einer direkten Geschäftsschädigung gleich.

Gießen. In Anbetracht der kommenden Erhöhung der Postgebühren ist ein umsichtiger Hausbesitzer mit regem Briefverkehr aus der Liebigstraße bereits dazu übergegangen, mit der Zucht von Brieftauben zu beginnen. Ersten Kalkulationen zu folge soll der Brieftaubeneinsatz tatsächlich billiger sein als Briefporto und Telefongebühren der Bundespost.

Esso-Roth macht's möglich!

Gießen. Der Landtagswahlkampf der CDU in Gießen ist finanziell abgesichert. Wie wir gehört haben, soll sich das CDU-Mitglied Adolf Roth, bekannt unter dem Namen „ESSO-ROTH“, an der gemachten „Ölkrise“ dumm und dämlich verdient haben. Um die gemachten Profite der Bevölkerung wieder zugute kommen zu lassen, soll Roth die so gewonnenen Gelder der CDU gespendet haben, die sie im kommenden Landtagswahlkampf den Gießener Bürgern in Form von Pamphleten und Plakaten um die Ohren schlagen wird.

Kommunale Wohnungsvermittlung:

Bedenken des OB konnten zerstreut werden

Wie Pressesprecher Rüspeler (SPD) dem GIESSENER FASCHINGS-ECHO gegenüber mitteilte, habe der ehrwürdige Magistrat der Universitätsstadt Gießen an der Lahn beschlossen, endlich die Bevölkerung über die bereits seit einem Jahr eingerichtete „Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle“ genügend zu informieren. Ein Plakatentwurf sei schon bei einem stadt- und weltbekannten Künstler in Auftrag gegeben worden. Nachdem sich nun endlich ein Mittel gegen die besonders in Gießen grassierende sozialdemokratische Schlafkrankheit gefunden habe, sei davon auszugehen, daß in spätestens einem Jahr diese Informationsplakate an den Gießener Litfaßsäulen kleben werden.

Diese kurzfristige Veröffentlichung sei dadurch möglich geworden, daß zur Begutachtung der Plakatentwürfe keine kostspieligen Dienstreisen des Herrn Oberbürgermeister ins Ausland nötig seien.

Der Herr Oberbürgermeister habe ursprünglich gezögert, die Bevölkerung über die Einrichtung der „Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle“ zu unterrichten, da das Wort „kommunal“ zu leicht mit „kommunistisch“ zu verwechseln sei. Die Bedenken des Oberbürgermeisters, der uninformierte Bürger könne durch die sprachliche Ähnlichkeit der beiden Worte auf den eigentlichen Urheber dieser Vermittlungsstelle, die Gießener DKP, aufmerksam werden, konnten durch ein gutbezahltes sprachwissenschaftliches Gutachten der Gießener Universität zerstreut werden.

Nachdem nun auch der SPD-Parteivorstand mitgeteilt habe, daß das Publikmachen der von der DKP angeregten „Kommunalen Wohnungsvermittlungsstelle“ von ihm nicht als eine sogenannte Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten betrachtet werde, habe der Oberbürgermeister der Veröffentlichung der Plakate grünes Licht gegeben.

Keine Bürgschaft für Schaffstaedt

Wie aus informierten Kreisen verlautet, sieht die hessische Landesregierung in Wiesbaden keine Möglichkeit, eine Bürgschaft für die vor dem Konkurs stehende Gießener Firma Schaffstaedt zu übernehmen.

Es wurde ausdrücklich betont, daß man gerade angesichts der kritischen wirtschaftlichen Situation die Lage der mehr als hundert betroffenen Arbeiter und Angestellten, die ihre Arbeitsplätze verloren und erhebliche Lohninbußen hinnehmen mußten, zutiefst bedaure.

Man könne jedoch auf gar keinen Fall hier eingreifen und – wie von radikalen Elementen gefordert – eine Bürgschaft übernehmen, da der dann möglicherweise aufkommende Verdacht der Verfassungstreue (in der hessischen Verfassung ist bekanntlich die Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum vorgesehen) für die Landesregierung nicht tragbar sei. Sie werde alle Maßnahmen vermeiden, die sie in den Verruf bringen könnten, die hessische Verfassung anwenden zu wollen, werde aber das Schicksal der betroffenen Arbeiter weiterhin mit größtem Desinteresse verfolgen.

GIESSENER ECHO – Kommunistische Zeitung für Gießen
Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
Kreisvorstand Gießen
Verantwortlich: Erika Beltz, 63 Gießen, Frankfurter Straße 59
Eigendruck

Stadtverwaltung Lahnstadt



Aktuelle Angstträume...

des verwaltungsreformierten Bürgers: „Und jetzt Nummer 7788991 müssen Sie nur noch nach Wetzlar auf's Stadthaus, in Dutenhofen reichen Sie dann das Formblatt 0815 ein, in Heuchelheim erhalten Sie Stempel und Unterschrift, in Allendorf die notwendige Bescheinigung und die Verwaltungsgebühr zahlen Sie dann wieder hier in Gießen. Und wenn Sie sich weiter auf sogenannte demokratische Rechte berufen: Das nächste Anhörungsverfahren des Beschwerdeausschusses findet in ABlar statt. Sie haben ja keine Ahnung von Verwaltungsvereinfachung...“

Anzeige



Wir sind eine Firma mit Tradition aus Gießen, führend auf dem Gebiet der Produktion von Fittings.

Wir stellen ein:

Sozialpartner

für unsere gutbezahlten Akkordarbeiten in einem modernen Betrieb mit den schönsten Maschinen.

Wir bieten:

- Einen modernen Betrieb mit gepflegtem Sozialklima
- Aufstiegschancen für alle fleißigen, ordentlichen und ehrerbietigen Arbeitnehmer
- Ein weithin anerkanntes System von Sozialleistungen
- Subventionen für das Mittagessen
- Garantiert einwandfrei funktionierende Stechuhr.

Verlangt werden lediglich:

Absoluter Gehorsam, Fleiß und Unterordnung unter die Anweisungen der Geschäftsleitung, wenige Krankheitstage. Streik und Lohnforderungen sowie Mitgliedschaft in der IG Metall sind unerwünscht.

Bewerbungen nimmt unser allseits beliebter Personalchef, Herr Wunsch, am 26. Februar 1974, um 11.11 Uhr, entgegen.

BÄNNINGER

GmbH 63 Gießen

Erdkauter Weg 17 — Postfach 5220 — Telefon 06 41 - 7 90 71